

## Jus-Student droht seiner Fakultät

Ermittlungen nach Mails an universitäre Stellen.

Wien. Die juristische Fakultät an der Universität Wien kommt nicht zur Ruhe. Nach Problemen mit dem Trinkwasser im Vorjahr und Sichtungen eines Spanners auf den Toiletten Ende Jänner gibt es nun einen Jus-Studenten, der Drohmails an das Dekanat und die Fakultätsvertretung schickte.

Freilich weiß sich eine juristische Fakultät zu wehren. „Es gibt eine Anzeige wegen gefährlicher Drohung, der Herr ist einvernommen worden“, sagt Thomas Keiblinger, Pressesprecher der Wiener Polizei zur „Presse“. Die Staatsanwaltschaft müsse nun entscheiden, wie in dem Fall weiter vorgegangen werde. Die Mails des Mannes seien aber „sehr wirt“ abgefasst worden, sagt die Polizei. Weswegen man die Zurechnungsfähigkeit des Autors genau betrachten müsse.

### Sicherheitsdienst informiert

Mitarbeiter der Fakultät und das Sicherheitspersonal am Juridicum wurden vom Dekanat über den Verfasser der Drohmails informiert. „Wir plädieren für einen durchgehenden Sicherheitsdienst“, sagt Caroline Lesky, Vorsitzende der Fakultätsvertretung Jus. Über den Inhalt der Drohungen möchte sie nichts sagen. Einen Zusammenhang zwischen den Mails und den Spannerfällen soll es laut Lesky aber nicht geben. (aich)

## Erste grüne Ortschefin in Tirol?

Stichwahlen am 13. März in 23 Gemeinden.

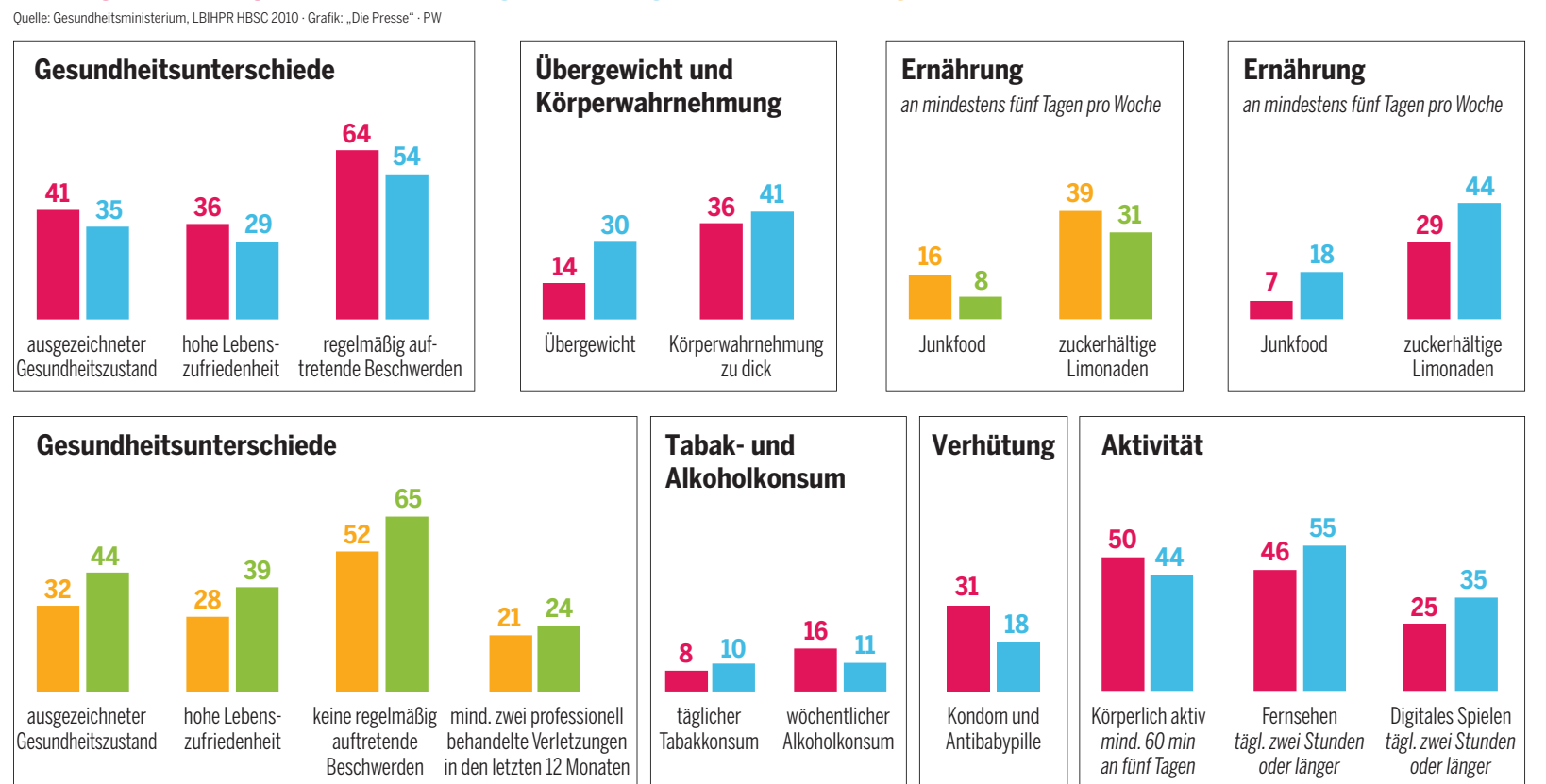
Innsbruck. In 23 der 277 Gemeinden hat bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am Sonntag keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erlangt. Am 13. März müssen sich daher jeweils die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen einer Stichwahl stellen. Darunter finden sich auch drei Freiheitliche und eine Grüne.

In Hall tritt der Freiheitliche Karl-Ludwig Faserl (17,9 Prozent) gegen die ÖVP-Bürgermeisterin Eva-Maria Posch (42,9 Prozent) an. In Rattenberg duelliert sich FPÖ-Kandidat Bernhard Freiberger (36,3 Prozent) mit ÖVP-Bürgermeister Martin Götz (43,6 Prozent). Und in St. Jakob in Defereggan kämpft Ex-FPÖ-Chef Gerald Hauser um seine Wiederwahl. Hauser, der auf 37,1 Prozent kam, muss gegen den ÖVP-nahen Ingo Hafele antreten, der 32,1 Prozent erreichte. In Axams ritt erstmals eine grüne Kandidatin um den Ortschefsessel. Gabi Kapferer-Pittracher, die 28 Prozent der Stimmen erreichte, tritt gegen Christian Abenthung an, der auf 45,18 Prozent kam.

Insgesamt konnte die ÖVP ihre Vormachtstellung mit teils eindeutigen Ergebnissen in größeren Gemeinden und Bezirkshauptstädten verteidigen – nur in Lienz und Kufstein gab es Verluste. Die SPÖ musste neben beachtlichen Erfolgen in Lienz und Wörgl herbe Niederlagen in früheren Hochburgen wie Jenbach, Landeck, Hall und Rum hinnehmen. (kb)

## Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 11-, 13- und 15-jährige Schüler, in Prozent

Quelle: Gesundheitsministerium, LBHPR HBSO 2010 - Grafik: „Die Presse“ - PW



# Gesundheit ist eine Frage des Geldes

**Kinder.** Die Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen hängt laut Ministerium eng mit ihrem sozialen Status und den Einkommensverhältnissen ihrer Familien zusammen.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Die gesundheitliche Situation der Kinder und Jugendlichen in Österreich hängt in hohem Maß von ihren „materiellen Lebensbedingungen“ ab. Das geht aus dem „Österreichischen Kinder- und Jugendgesundheitsbericht“ hervor, der vom Gesundheitsministerium veröffentlicht wurde.

Demnach sind Ausbildungsniveau von Eltern und Jugendlichen, Arbeit und Beschäftigung, soziale Beziehungen, Versorgung, Umwelt sowie Migrationshintergrund bestimmende Faktoren für die Gesundheit der bis zu 19-Jährigen. Das sind in Österreich 19,6 Prozent der Bevölkerung bzw. 1,7 Millionen Menschen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist seit 1971 (31,2 Prozent) ständig gesunken.

Laut den Ergebnissen der letzten WHO-Studie zur Kinder- und Jugendgesundheits (2014) bezeichnen rund 40 Prozent der elf-, 13- und 15-jährigen Schüler ihren Gesundheitszustand als ausgezeichnet (Burschen: 45 Prozent, Mädchen: 36 Prozent). In Familien ohne Migrationshintergrund sind es 41 Prozent, in jenen mit Migrati-

onshintergrund nur 35 Prozent. Eine ähnliche Diskrepanz gibt es bei der Frage nach der Lebenszufriedenheit, die 36 bzw. 29 Prozent der Schüler mit „hoch“ bewerten. 64 bzw. 54 Prozent geben an, keine Beschwerden zu haben, die mehrmals wöchentlich oder sogar täglich auftreten (siehe Grafik).

### Lebensstandard und Schmerz

In Familien mit einem hohen Wohlstand bewerten 44 Prozent der Schüler ihren Gesundheitszustand mit ausgezeichnet und 39 Prozent ihren Lebensstandard mit hoch, in jenen mit einem niedrigen Wohlstand nur 32 bzw. 28 Prozent. Deutlich sind die Unterschiede mit 65 bzw. 52 Prozent auch bei den nicht mehrmals pro Woche bzw. täglich auftretenden Beschwerden. Kein Unterschied nach Familienwohlstand besteht hingegen bei chronischen Erkrankungen – insgesamt geben 16 Prozent an, chronisch krank zu sein.

An Übergewicht leiden 30 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund, bei jenen ohne Migrationshintergrund sind es 14 Prozent – in dieser Gruppe geben 50 Prozent an, an mindestens fünf

Tagen in der Woche eine Stunde oder länger körperlich aktiv zu sein. Bei Schülern mit Migrationshintergrund sind es 44 Prozent – diese Schüler essen auch häufiger Junkfood und rauchen öfter, trinken aber seltener Alkohol.

Häufiger zu Tabak greifen auch Jugendliche aus finanziell schlechter gestellten Familien. Ohne Bedeutung erweist sich der Familienwohlstand hingegen für den Alkoholkonsum. Zudem wird ersichtlich, dass Jugendliche aus Migrantenfamilien deutlich öfter keine Verhütungsmethoden bzw. ausschließlich Kondome verwenden. Darüber hinaus haben sie ein deutlich schlechteres Gesprächsklima mit ihren Eltern.

Für Klaus Vavrik, Präsident der Österreichischen Kinderliga, steht fest, dass die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Versorgung und Nicht- oder Unterversorgung in der Kindergesundheit weiter auseinanderklafft. Bei den Kindern aus ärmeren Familien liege die Belastung mit tendenziell schlechterer Gesundheit und weniger Möglichkeiten für den „Zukauf“ von Leistungen doppelt vor. Laut Bericht waren 2013 rund 15 Prozent

der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Bei Kindern und Jugendlichen (bis 19 Jahre) lag dieser Anteil sogar bei 18 Prozent. Eine dauerhafte Armutsgefährdung lag bei vier Prozent der Kinder und Jugendlichen vor.

### Psyche: Kaum Daten vorhanden

In dem Gesundheitsbericht wird zudem deutlich, dass es zum psychischen Zustand von Kindern kaum Daten gibt. Während aus einer deutschen Untersuchung zum Gesundheitsstatus der Sieben- bis 17-Jährigen hervorgeht, dass 5,4 Prozent der Kinder und Jugendlichen Anzeichen einer depressiven Störung, zehn Prozent Angstzustände und 7,6 Prozent eine Störung des Sozialverhaltens zeigen, heißt es in dem Bericht zur österreichischen Situation: „In Österreich gibt es keine mit Deutschland vergleichbaren Daten zu psychischen Erkrankungen bzw. Auffälligkeit von Kindern und Jugendlichen. Regionale Erhebungen aus Kindergärten und Volksschulen geben Hinweise, dass bei rund zehn Prozent der Vier- bis Siebenjährigen Verhaltens- und emotionale Auffälligkeiten vorliegen.“

# Radikalisierung in Haft: Gegenoffensive angelaufen

**Terror.** Nie zuvor gab es in Österreich so viele Ermittlungsverfahren wegen des Delikts Terroristische Vereinigung: 2015 waren es 200; im Jahr davor „nur“ 72. Daher werden nun Maßnahmen zur Deradikalisierung in Haft forciert.

VON MANFRED SEEH

Wien/Graz. Die Zahlen sind dramatisch: Bei den Staatsanwaltschaften sind 2015 bundesweit nicht weniger als 200 Fälle angefallen, in denen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt wurde bzw. immer noch wird. Meist handelt es sich um die Terrormiliz IS (Islamischer Staat) oder ähnliche radikalislamistische Gruppierungen.

Die Täter sind vielfach junge Leute, die von Österreich aus versuchen, nach Syrien zu gelangen, um sich dort dem IS anzuschließen, oder aber Personen, die bereits in Syrien aktiv waren und nun wieder zurückgekehrt sind. Zum Vergleich: 2014 hatte es „nur“ 72 Verfahren nach dem besagten

Tatbestand (§ 278b Strafgesetzbuch) gegeben, im Jahr davor waren es 31, 2012 wurden 36 gezählt. Aktuell (Stichtag 25. Februar) befinden sich 37 Personen wegen Terrordelikten hinter Gittern, davon neun in Strafhaf und 28 in U-Haft.

Daher forciert ÖVP-Justizminister Wolfgang Brandstetter nun jene Maßnahmen, mit denen eine (drohende) Radikalisierung von Gefängnisinsassen abgewendet bzw. entschärft werden soll. Drei Säulen wurden dafür errichtet.

► **Sicherheit.** Bei Personen, die wegen Terrordelikten inhaftiert sind, gelten besonders strenge Sicherheitsvorkehrungen. Die Frage der Einzelhaft wird jeweils gemäß intern abgestimmter Vorschriften geprüft. In jeder Haftanstalt werden zwei Beamte hinsichtlich des

Themas Radikalisierung sensibilisiert. Sie sind dann auch Ansprechpartner für den Verfassungsschutz.

► **Betreuung.** Bei Terror-Verurteilten wird schon ab Beginn der U-Haft ein Plan zur Entwicklung des Vollzuges (Stichwort: Resozialisierung) erstellt. Ein eigenes Team hat einen Leitfaden ausgearbeitet, dieser soll den Anstalten beim Erstellen individueller Betreuungspläne helfen. Dies wird schon seit Oktober 2015 umgesetzt.

Seit 1. Februar werden in allen Anstalten in Kooperation mit dem Verein derad. bestimmte Gesprächsformate angeboten. Gesehen wird dabei mit Insassen, die von radikalen Ideologien überzeugt sind. Ab Mitte 2016 sollen Psychologen anhand von Checklisten das Risiko, das von Häftlingen

ausgeht, bewerten können. Ferner werden künftig die bestehenden Anti-Gewalt-Trainings um das Modul „Deradikalisierung“ erweitert. ► **Fortbildung.** Seit dem Vorjahr gibt es Schulungen und Fortbildung für Strafvollzugsbedienstete. Die Vortragenden kommen zum Beispiel vom Verfassungsschutz.

### Grazer Jihad-Prozess im Finale

Indessen ging am Montag der Grazer Terrorprozess um den salafistischen Prediger Mirsad Omerovic (34) und einen seiner Schüler, Mucharbek T. (28), ins Finale. Den beiden werden Morde an syrischen Zivilisten, begangen im Rahmen der Terrormiliz IS, vorgeworfen. Der Prediger ist als Anstifter, T. als einer der Ausführenden angeklagt. Beide bestreiten die Vorwürfe.